



Wahlprogramme der Parteien - Wirtschaftsrelevante Positionen

Bundestagswahl 2021



Schwarzwald
Baar
Heuberg

Positionen der Parteien zu...

Aus- und Weiterbildung	2
Arbeitsmarkt und Soziales	3
Bürokratieabbau und Mittelstand	4
Digitalisierung	5
Energie, Umwelt, Klima	7
Europa	10
Gesundheitswirtschaft	11
Haushalte, Finanzen und Steuern	12
Innovation und Industrie	14
Internationaler Handel	16
Stadt- und Regionalentwicklung	17
Tourismus- und Freizeitwirtschaft	18
Verkehr und Mobilität	19
Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht	20

Hinweise:

Dieses Dokument dient ausschließlich der Information und spricht keine Wahlempfehlung aus. Die verwendeten Formulierungen entsprechen so weit wie möglich der Sprache in den Parteiprogrammen und sind keine Bewertung durch die IHK.

Die Auswahl der Parteien richtet sich danach, ob sie im aktuellen 19. Bundestag vertreten sind und eine realistische Chance auf einen Einzug in den nächsten Bundestag haben.

Die Reihenfolge, in der die Parteien gelistet sind, richtet sich nach der aktuellen Sitzverteilung im Bundestag.

Es wurden in jedem Themenkomplex die relevantesten Positionen für die Wirtschaft der jeweiligen Partei berücksichtigt, ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht.

Partei	Titel	Beschlossen am
CDU/CSU	"Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland." <i>Ergänzung: Ein Turbo für die Erneuerbaren</i>	21. Juni 2021 30. August 2021*
SPD	„Aus Respekt vor deiner Zukunft“	9. Mai 2021
AfD	„Deutschland. Aber normal“	11. April 2021
FDP	„Es gab nie mehr zu tun“	16. Mai 2021
Die Linke	„Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“	20. Juni 2021
Bündnis 90 / Die Grünen	"Deutschland. Alles ist drin." <i>Ergänzung: Klimaschutz Sofortprogramm</i>	13. Juni 2021 3. August 2021*

Alle Programme sind vollständig verfügbar unter [bundestagswahl-2021.de](https://www.bundestagswahl-2021.de).

*Die ergänzenden Programme zum Klimaschutz wurden durch die jeweilige Parteispitze beschlossen.

Stand: 7. September 2021

Aus- und Weiterbildung

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Ausbau der digitalen Kompetenz von Lehrerinnen und Lehrern.</p> <p>Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung, Art und Weise zu klären, Export der dualen Ausbildung in andere Länder.</p> <p>Ausbau des Bundesprogrammes Bildungsprämie.</p> <p>Ausweitung des Bafögs auf eine zweite Berufsausbildung.</p>
SPD	<p>Ausbildungsgarantie für Ausbildungsplätze. Wo unterhalb des Bedarfs ausgebildet wird, sollen Umlage- oder Fondsmodelle geschaffen werden.</p> <p>Stärkung des Lernorts Berufsschule. Pakt für berufsbildende Schulen zwischen Bund, Land und Schulträgern (bspw. zur Modernisierung der Technischen Ausstattung).</p> <p>Recht auf Weiterbildung und Recht auf beruflichen Neustart.</p> <p>Einführung der Bildungszeit/Bildungsteilzeit.</p>
AfD	<p>Stärkung der Beruflichen Bildung („Meister statt Master“).</p> <p>Digitalfreier Unterricht in den ersten vier Schuljahren.</p> <p>Höhere Grundfinanzierung der Hochschulen, Verringerung von Drittmitteln.</p> <p>Wiedereinführen der Diplom- und Magisterstudiengänge.</p>
FDP	<p>Staatsvertrag zur Erhöhung der Bildungsinvestitionen.</p> <p>Bundesweite Einführung des Schulfachs „Wirtschaft und Informatik“.</p> <p>Einführung eines „Midlife-BAföG“ und einer Exzellenzinitiative Berufliche Bildung.</p> <p>Intensivierung der Berufsorientierung an Gymnasien.</p>
Die Linke	<p>Gebührenfreie Ausbildung für alle Jugendlichen, anonymisierte Bewerbungsverfahren.</p> <p>Mindestausbildungsvergütung (mind. 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Ausbildungsvergütung).</p> <p>Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierte Ausbildung, Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG).</p> <p>Mitbestimmungsrecht von Auszubildenden in der Personalvertretung.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Ausbildungsgarantie für Ausbildungsplätze, Mindestausbildungsvergütung (mind. 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Ausbildungsvergütung).</p> <p>Förderung der Verbund-Ausbildung.</p> <p>Ausbau flächendeckender Jugendberufsagenturen.</p> <p>Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs, Umbau des BAföGs zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden.</p>

Arbeitsmarkt und Soziales

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeld.</p> <p>Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit (statt täglicher).</p> <p>Erhöhung des Renteneintrittsalters bis 2030 auf 67 Jahre, Stärkung der Betrieblichen Altersvorsorge.</p> <p>Sozialpartnerschaftliche Regelung pro Mobiles Arbeiten, Rechtssicherheit für mittelständische Betriebe beim Arbeiten über mehrere EU-Standorte hinweg (Harmonisierung von Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht).</p> <p>Digitalisierung des Antragsverfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifizierungen.</p> <p>Altersvorsorgepflicht für Selbstständige.</p>
SPD	<p>Transformations-Kurzarbeitergeld.</p> <p>Förderung eines Beschäftigtentransfers zwischen Unternehmen.</p> <p>Öffentliche Auftragsvergabe nur an Betriebe mit Tarifbindung.</p> <p>Keine Befristung ohne Sachgrund, Überprüfung von Gründen zur Befristung.</p>
AfD	<p>Beibehaltung des Mindestlohnes.</p> <p>Schaffung eines Arbeitsgesetzbuchs zur Zusammenführung von arbeitsspezifischen Reglementierungen.</p> <p>Einführung eines Bonussystems für Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen.</p> <p>Bekämpfung der Schwarzarbeit intensivieren.</p>
FDP	<p>Einführung eines liberalen Bürgergelds (Zusammenfassung der steuerfinanzierten Sozialleistungen) und einer gesetzlichen Aktienrente.</p> <p>Schuldenbremse für die Sozialversicherung. Versicherungsfremde Leistungen müssen künftig aus dem Bundeshaushalt stammen.</p> <p>Abschaffung des Solidaritätszuschlages.</p> <p>Steuerliche Erleichterung für Home-Office, Schaffung von Rechtssicherheit zwischen Arbeit aus Home-Office und mobiles Arbeiten.</p>
Die Linke	<p>Mindestlohn von 13 Euro. Dazu Begrenzung von Überstunden und Anspruch auf familienfreundliche Schichtzeiten.</p> <p>Rechtsanspruch auf Vollzeitstelle, Weiterbildungsanspruch und Weiterbildungsgeld.</p> <p>Bekämpfung der Schwarzarbeit intensivieren.</p> <p>Einführung eines Bundestariftreuegesetz.</p>

Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro, auch für unter 18-Jährige.

Branchenunabhängiges Mindest-Kurzarbeitergeld.

Einführung eines Bundestariftreuegesetz.

Ausbauen der Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte, u.a. auf Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortentscheidungen, die Förderung von Vielfalt oder die Verbesserung der Klimabilanz in Unternehmen.

Bürokratieabbau und Mittelstand

Inhalt des Wahlprogramms

CDU/CSU

Praxis-Check und Testphasen für neue Gesetze.

Reduzierung der Berichtspflichten für amtliche Statistik um 25 Prozent.

Bürokratiefreies Jahr nach Gründung, im zweiten Gründungsjahr sollen Ausnahmen im Steuerrecht und von Dokumentationspflichten gelten.

Ausweitung des „one in, one out“-Prinzips zu „one in, two out“.

Umsetzung von EU-Richtlinien on Deutschland ohne zusätzliche Verschärfung.

SPD

Einfacher, digitaler Zugang zu staatlichen Dienstleistungen.

Förderung von Gründungen durch One-Stop-Agenturen, erleichterter Zugang zu Kapital durch Projektförderung und einem staatlichen Fonds für Wagniskapital, sowie einer „Kultur der zweiten Chance“, z.B. im Insolvenzrecht. Gründungen von Frauen sollen zusätzlich gefördert werden.

Niederschwelliger Zugang zu Fördermitteln für KMU.

Nationale Strategie zur Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialen Innovationen.

Finanzierung: Stärkung des Wettbewerbs im Finanzsektors, Stärkung der Bafin und des Zolls, sowie Auflage von mehr nachhaltigen Staatsanleihen.

AfD

Bürokratie soll abgebaut und der Staat effizienter gestaltet werden, u.a. durch Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen und einer Überprüfung, ggf. Abbau bzw. Befristung von Regulierungen und Subventionen.

Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren durch Bürokratieabbau und Digitalisierung.

Digitale Verwaltungsprozesse sollen verschlankt und vereinheitlicht werden. Grundsätzlich soll jeder Behördengang von Bürgern in Zukunft nach seiner Wahl digital oder persönlich abgewickelt werden können.

FDP

Abbau von bürokratischer Belastung durch „one in, two out“ auf nationaler und europäischer Ebene.

Umfassende Föderalismus- und Verwaltungsreform: Klare Zuständigkeiten, eine echte „virtuelle Verwaltung“ nach dem Once-Only-Prinzip – bestimmte Daten sollen nur noch einmal erfasst werden, alle Amtsgänge und staatlichen Dienstleistungen sollen digital verfügbar sein, Behörden sollen zu „One-Stop-Shops“ ausgebaut werden.

	<p>Ausbau des Zukunftsfonds zur Startup-Finanzierung: Zusätzlich zur Bereitstellung staatlicher Mittel, soll er die Investition in Wagniskapital für privates Kapital attraktiver gestalten.</p> <p>Entkopplung des Gründungszuschusses von vorhandener Arbeitslosigkeit.</p> <p>Bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik.</p>
Die Linke	<p>Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung soll vorangetrieben werden.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Ausbau der E-Government-Dienstleistungen – Verwaltungsverfahren sollen stets digital gedacht werden und in Zusammenarbeit mit Unternehmen gestaltet werden.</p> <p>Gründer sollen unbürokratisch Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro erhalten, sie sollen in den ersten zwei Jahren von melde- und Berichtspflichten befreit werden, sowie Beratung und Anmeldung an einer zentralen Anlaufstelle erledigen können. Gründungen durch Frauen sollen mit einem eigenen staatlichen Wagniskapitalfonds gefördert werden. Für Menschen mit Migrationshintergrund sollen Hürden bei der Gründung abgebaut werden. Startups sollen durch Vereinfachung von Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung besser bei der öffentlichen Vergabe berücksichtigt werden.</p> <p>Mittelstandspolitik soll auf einen Dreiklang aus Verringerung bürokratischer Lasten (u.a. Verbesserung KMU-Test bei neuen Gesetzen), einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer breitenwirksamen Forschungslandschaft setzen. Zugang zu Förderprogrammen soll für KMU einfacher zugänglich gemacht werden.</p> <p>Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sollen so angepasst werden, dass möglichst ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen.</p> <p>Genossenschaften und Sozialunternehmen sollen mit zielgruppenspezifischen Finanzierungsinstrumenten und besseren Rahmenbedingungen unterstützt werden.</p>

Digitalisierung

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Digital- und Datenunion auf europäischer Ebene mit einem modernen Wettbewerbsrecht, guter digitaler Infrastruktur, europäischer Speicher- und Rechnerkapazitäten und einem einheitlichen Datenschutzrecht.</p> <p>Künstliche Intelligenz und Blockchain in Deutschland ausbauen, Quantentechnologie soll v.a. in Kooperation mit europäischen Partnern vorangetrieben werden. KMU sollen durch KI-Lotsen Potenziale der künstlichen Intelligenz ausschöpfen können.</p> <p>Öffentliche Verwaltung: Bundesministerium für digitale Innovation und Transformation schaffen. Alles, was in Behörden digitalisiert werden kann, soll digitalisiert werden. Das digitale Unternehmenskonto soll weiter ausgerollt werden. Schriftformerfordernis soll entfallen.</p> <p>Flächendeckendes 5G-Netz bis 2025.</p> <p>Cyber-Sicherheit hat einen hohen Stellenwert – Deutschland soll hier führend werden und innovative Unternehmen an den Standort ansiedeln. KMU sollen bestmöglich unterstützt werden, ihre IT-Sicherheit auszubauen, u.a. durch Beratungsangebote, steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten.</p>

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">SPD</p>	<p>Die deutsche und europäische Digitalwirtschaft soll gezielt und koordiniert unterstützt werden – inkl. Halbleiterfertigung, Quantentechnologie, Cloud-Lösungen, KI, Cybersicherheit und datenbasierte Geschäftsmodelle.</p> <p>Es sollen hohe Standards in der Cybersicherheit herrschen (security by design and default), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die Verschlüsselungsforschung sollen gestärkt werden.</p> <p>Bis 2030 soll Deutschland über eine „digitale Infrastruktur auf Weltniveau“ verfügen (Garantie einer Bandbreite von 1 Gbit/s durch Versorgungsverpflichtungen) und die öffentliche Verwaltung voll digitalisiert sein.</p> <p>Daten-Teilen-Infrastruktur per Gesetz schaffen: Konzerne sollen ihre Daten gemeinwohlorientiert mit Kommunen teilen.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">AfD</p>	<p>Schutz der Privatsphäre auch im digitalen Raum an erster Stelle, rechtsstaatliche Prinzipien sollen auch hier eingehalten werden. Die DSGVO soll durch ein schlankes Datenschutzgesetz zur Wahrung der informationellen Selbstbestimmung ersetzt werden. Die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in der elektronischen Kommunikation sowie Datenschutz durch Technikgestaltung und Voreinstellungen („by design“ und „by default“) sollen gesetzlich als Standard verankert werden.</p> <p>Der Ausbau der digitalen Infrastruktur soll vorrangig über „nationales Roaming“ erfolgen, der Ausbau des 5G-Netzes soll wissenschaftlich in Hinblick auf gesundheitliche Risiken begleitet werden.</p> <p>Das E-Government soll unter Einsatz quelloffener Software ausgebaut, verschlankt und vereinheitlicht werden. Es soll ergänzend zum bestehenden Verwaltungsverfahren etabliert werden.</p> <p>Europa soll seine IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungskooperationen bündeln, um von außereuropäischen Anbietern unabhängig zu werden.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">FDP</p>	<p>Schaffung eines Ministeriums für Digitale Transformation und einen europäischen digitalen Binnenmarkt, damit Geschäftsmodelle europaweit einfacher skalierbar und regulierungsbedingte Barrieren reduziert werden (gemeinsamer Rechtsrahmen).</p> <p>Flächendeckende und hochleistungsfähige Mobilfunkabdeckung, ein Glasfasernetz und Hochrüstung bestehender 4G-Netze durch echten Wettbewerb und einem effizienten Auktionsdesign. Für KMU soll es Gigabit-Gutscheine geben, die Kosten für die Gigabit-Umstellung teilweise erstatten.</p> <p>Praxisnahe und agile Cybersicherheitsstrategie: Diese enthält ein Recht auf Verschlüsselung, Vorgaben an die Hersteller (security-by-design, Haftung für Schäden aufgrund von IT-Sicherheitslücken und Updates während der üblichen Nutzungsdauer). Unternehmen aus autoritären Regimen sollen beim Ausbau kritischer Infrastruktur nicht beteiligt werden.</p> <p>Es sollen Reallabore (regulatory sandboxes) geschaffen werden, um neue Technologien ausprobieren zu können.</p> <p>Der Datenschutz soll weiterentwickelt werden: Einerseits soll die Selbstbestimmung über die eigenen Daten gestärkt werden, andererseits die Auswirkungen des Datenschutzes auf KMU stärker berücksichtigt werden. Sicherung der Netzneutralität</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Die Linke</p>	<p>Digitalisierungsoffensive an (Hoch-)Schulen im Bereich Infrastruktur, Ausbildung von Lehramtsstudierenden unter Einsatz freier Software.</p> <p>Die Digitalisierung der Arbeitswelt und zum Umweltschutz soll stets abgewogen werden mit Arbeitnehmerrechten, bzw. negativen Auswirkungen auf die Umwelt. Datenmonopole sollen verhindert werden.</p> <p>Gemeinwohlorientierter Ausbau von Breitband- und Mobilfunknetzen aus staatlicher Hand. Einsatz von 10 Mrd. Euro jährlich, damit jeder Haushalt an das Glasfasernetz angeschlossen wird. Sicherung der Netzneutralität.</p> <p>Die Verantwortung für Sicherheit der Daten soll europaweit „by Design“ und „by default“ gewährleistet sein und darf nicht auf die Nutzenden abgeschoben werden. Regulierung des Einsatzes von KI.</p>

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben unter Einsatz von freier Software und offener Datenformaten. Personenbezogene Daten sollen nur aggregiert veröffentlicht werden.

Bündnis 90 / Die Grünen

Schaffung einer europäischen Cloud-Infrastruktur. Es sollen eigene europäische Standards und Regeln gesetzt werden. Schaffung eines Rechtsrahmens für gemeinsame, freiwillige Nutzung von nicht-personenbezogenen Daten, von der v.a. die mittelständische Industrie profitieren soll.

Fortbildungsoffensive in der öffentlichen Verwaltung und mehr Stellen im IT- und Planungsbereich. Mit einem Transparenz-Gesetz für Open Data sollen öffentliche Daten der Privatwirtschaft kosten- und lizenzfrei zur Verfügung gestellt werden.

Die IT-Sicherheit soll erhöht werden, indem KMU durch ein unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützt werden, unabhängige Aufsichtsstrukturen gestärkt, sowie neue Sanktions- und Meldepflichten für IT-Sicherheit gefährdende Maßnahmen geschaffen werden.

Rechtsanspruch auf schnelles Internet durch einen Breitband-Universaldienst, der sich an den Nutzungsgewohnheiten der Mehrheit orientiert. Nichteinhaltung der versprochenen Download-Geschwindigkeiten soll sanktioniert werden. Blockaden beim Abruf von Fördergeldern zum Netzausbau sollen abgebaut und eine zügige flächendeckende Versorgung sichergestellt werden.

Dienstleistungen von Plattformen und ihrer Marktmacht sollen reguliert werden. Eine Förderstiftung soll gesellschaftlich relevante freie und offene Software, die der Gesellschaft und Wirtschaft zur Verfügung stehen, unterstützen.

Energie, Umwelt, Klima

Inhalt des Wahlprogramms

CDU/CSU

Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 durch marktwirtschaftliche Instrumente und innovative Technologien.

Umfassender europäischer Emissionshandel mit einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit, Schwerpunkt liegt dabei auf dem Emissionshandel für Mobilität und Wärme. Der Preis für CO₂ soll schneller steigen. Aus den Mehreinnahmen soll die Abschaffung der EEG-Umlage und Stromverbilligungen finanziert werden.

Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können - energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte sollen sich stärker am CO₂-Ausstoß ausrichten. Einsatz für einheitliche Standards bei umweltfachlichen und technischen Fragen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll beschleunigt werden, auch durch grenzüberschreitende Energiekooperationen und Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien (u.a. entlang von Verkehrswegen). Die Investitionen in Forschung zu Energiespeicher weiter gefördert, gespeicherter Strom von Umlagen und Entgelten befreit werden. Ein wettbewerbsfähiger Industriestrom soll erreicht werden durch Senkung der regulatorischen Kosten.

Rohstoffe, die die heimische Industrie benötigt, sollen vorrangig vor Ort durch Recyclingrohstoffe gedeckt werden. Mehrwegprodukte mit ökologischem Vorteil und Batterierecycling sollen gefördert werden.

Konkretisierung im Positionspapier „Ein Turbo für die Erneuerbaren“: Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in Bau- und Energiebranche, Unterstützung der Wirtschaft bei Automatisierungen, Forschungsoffensive für Erneuerbare in der Wissenschaft, Klimaneutralität für Bundesimmobilien, Begrenzung der Verfahrensdauer beim Bau von Windkraftanlagen auf maximal sechs Monate, Einführung eines digitalen Echtzeitkatasters, Rechtsrahmen für vorausschauenden Netzausbau, Fokus auf Doppelnutzungen von Fläche (PV-Ausbau auf Dächern durch Rechtssicherheit und zinslose Darlehen fördern, Windkraft auf See und Land nachverdichten und „repower“), Fokus auf digitalisierte Sektorenkopplung.

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">SPD</p>	<p>Klimaneutralität Deutschlands bis 2050. Abschaffung der EEG-Umlage bis 2025 und anschließende Finanzierung aus dem Bundeshaushalt.</p> <p>Ausbau der erneuerbaren Energieträger und deren Infrastruktur beschleunigen. Stromgewinnung vollständig aus erneuerbaren Energien bis 2040. Stärkung der der gemeinschaftlichen Eigenversorgung vor Ort durch einen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Einsatz von Wasserstoff als Ersatz in Prozessen, die nicht voll elektrifizierbar sind.</p> <p>Umbau der Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft. Hersteller sollen stärker in die Pflicht genommen werden, dass ihre Produkte wiederverwendbar, recyclebar und einfach zu reparieren sind. Neben ausreichenden Übergangsfristen sollten Unterstützungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung gefördert werden.</p> <p>Solaranlagenpflicht für öffentliche Gebäude und gewerbliche Neubauten.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">AfD</p>	<p>Ablehnung der Klimaneutralität Deutschlands, des EU-Green Deals und des damit verbundenen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft.</p> <p>Gesicherte und günstige Energieversorgung als Grundvoraussetzung des Wohlstandes. Ersatzlose Streichung des EEG und andere staatliche Markteingriffe (u.a. Vorranginspeisung und Gebäudeenergiegesetz, Verbrennerverbot, Dieselfahrverbote). Abschaffung jeglicher Form der CO₂-Besteuerung.</p> <p>Rahmenbedingungen für technologieoffenen Fortschritt sollen geschaffen werden – Ablehnung der Förderung von Wasserstoff und Elektromobilität, stattdessen Ausbau der Gasinfrastruktur, Verstromung von Braun- und Steinkohle und Nutzung der Atomkraftwerke. Hohe Auflagen für die Errichtung von Solar- und Windkraftanlagen, Ackerflächen für Nahrungsmittelanbau statt für Energiepflanzen nutzen.</p> <p>Wiederverwertung von Kunststoff statt eines Materialverbots im Rahmen allgemeiner Kompetenzzentren zur Erforschung von Abfallbeseitigungs- und Rohstoffrückgewinnungstechniken.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">FDP</p>	<p>Klimaschutz als größte Herausforderung, aber auch Chance. Klimaschutz durch Forschung, Wissenschaft und technische Innovation statt Verboten. Ziel eines international abgestimmten Klimaschutzes zur Verhinderung von Carbon Leakage.</p> <p>Technologieoffenheit in den Bereichen: Recycling, Innovation, Verkehrspolitik, Fahrzeugbau. Ganzheitliche Ökobilanz von Fahrzeugen und Produkten aus Kunststoff und dessen Alternativen betrachten. Vereinfachter Einsatz von alternativen Kraftstoffen durch erleichtertes Zertifizierungsverfahren. Einsatz von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien und Erdgas mit Carbon Capture and Storage (CCS).</p> <p>Umfängliche Ausweitung des EU-Emissionshandels auf alle Branchen und auf mehr Länder. Klimaschutzprojekte weltweit sollen auf eigene Ziele zur Treibhausgasreduktion angerechnet werden können. Import von klimaneutralen Gasen und Kraftstoffen vorantreiben.</p> <p>Absenkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß und Abschaffung der EEG-Umlage (Finanzierung der bestehenden Förderzusagen aus CO₂-Bepreisung und keine Förderung von Neuanlagen). Entbürokratisierung des Energierechts, Verschlankung und Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren – allgemeiner Bürokratieabbau, um Ressourcen für Innovationen zu schaffen.</p> <p>Keine Definition von Speichern im Energiesystem als Letztverbraucher.</p>
<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Die Linke</p>	<p>Klimaschutz soll als sozialökologischer Systemwechsel erfolgen, verantwortlich für die Umsetzung ist der Staat. Deutschland darf sein CO₂-Budget nicht überziehen und sich nicht in anderen Ländern oder durch Carbon Capture and Storage (CCS) freikaufen.</p> <p>Energiemix bis 2035 vollständig aus erneuerbaren Energien und Klimaneutralität der Industrie. Reform des EEG, damit es für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel ist. „Industrietransformationfonds“ für Betriebe, die den Wandel vorantreiben und Arbeitsplätze zu guten Bedingungen anbieten zur Sicherung der Industriearbeitsplätze. Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor und der Kohlekraft bis 2030. Einsatz von Wasserstoff nur aus erneuerbaren Energien und nur dort, wo keine Alternativen zur Verfügung stehen.</p>

Einsatz für einen europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, Ablehnung des Emissionshandels. Aufwendung staatlicher Fördergelder vorrangig für ökologische Transformation. Umbau der Infrastruktur zu Gunsten von Rad- und Fußverkehrs, dem ÖPNV und dem Schienenverkehr. Reduzierung der Bodenversiegelung.

Pfandsystem für Batterien und Elektrogeräte. Reparatur und Wiedernutzung sollen Vorrang vor Recycling der Materialien haben. Einführung einer Ressourcenverbrauchsabgabe für Primärrohstoffe und Einwegprodukte. Ausweitung der Ökodesignvorgaben. Die Abwärme von Rechenzentren soll verpflichtend zur Gebäudeheizung eingesetzt werden.

Einsatz von Transformationsräten in vom Strukturwandel betroffenen Regionen ohne Beteiligung der Unternehmen. Aufnahme von Umwelt- und Klimaschutz als Grundrecht. Verstaatlichung von Energieversorgern, sowie der Strom- und Wärmenetze. Ausweitung des Verbandsklagerechts für Naturvereinungen.

Klimaneutralität Deutschlands (angestrebt bis 2040) durch verschiedene Instrumente aus Ordnungsrecht und Ordnungspolitik sowie einer Anhebung des EU-Zwischenziels auf 70 Prozent Emissionseinsparungen bis 2030, inklusive einem Kohleausstieg bis im selben Jahr. Dafür sollen erneuerbare Energien schneller ausgebaut werden (Ziel: 100% Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis 2035): Ausbau der Offshore Windparks und Vernetzung mit den europäischen Solarparks und Wasserkraftzentren in Europa, Aufbau eines Smart Grids, beschleunigte Plan- und Genehmigungsverfahren v.a. in Bezug auf Windräder, einer Steuer- und Abgabenreform zur Sektorenkopplung und für wettbewerbsfähigen Preisen. Wasserstoffnetze sollen ausgebaut werden und bei Alternativlosigkeit zum Einsatz kommen. Auch außerhalb der EEG-Förderung sollen langfristige Lieferverträge geschlossen werden und Ökostrom direkt bezogen werden können.

Grüne Eigenstromversorgung soll ausgebaut und gefördert werden. Dazu gehört eine Solaranlagenpflicht mit entsprechender Förderung u.a. auf Gewerbegebäuden und Klimaverträge (Carbon Contract for Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten. Unterstützend wirken soll eine Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden zur Steigerung der Energieeffizienz. Der CO₂-Preis soll auf 60 Euro im Jahr 2023 und mit dem Klimaziel 2030 steigen.

Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden, diese sollen über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer gefördert werden, die Dienstwagenbesteuerung soll ökologisch umgestaltet werden. Flächendeckender Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur. LKWs sollen emissionsfrei werden durch eine CO₂-orientierte Maut im Lkw-Verkehr, ambitionierte CO₂-Flottengrenzwerte und Förderung klimafreundlicher Antriebe. Neue Straßen sollen mit dem Naturschutz in Einklang gebracht werden.

Ausbau der Kreislaufwirtschaft durch ein EU-weites Pfandsystem, das den Export von Plastikmüll außerhalb des Binnenmarktes verbietet, Mehrwegbecher, ein Pfandsystem für elektronische Geräte Mehrwegquoten für Plastikflaschen (Weiterentwicklung VerpackungsG zu einem WertstoffG) und stärkeren Herstellerverpflichtungen. Ausstattung aller Produkte mit einem digitalen Produktpass ab 2030 mit Informationen zur Recyclingfähigkeit. Ziel ist eine komplette Müllvermeidung bis 2050, auch über ein Sofortprogramm mit verbindlichen Vermeidungszielen.

Ausweitung der EU-Chemikalienverordnung REACH auf mehr gesundheitsgefährdende Stoffe. Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung auf die ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen. Etablierung eines Klimaschutzministeriums mit Veto-Recht gegenüber anderen Ressorts, sollten diese Gesetze vorlegen, die nicht den Pariser Klimaschutzziele entsprechen.

Europa

Inhalt des Wahlprogramms

CDU/CSU	<p>Die Fiskalregeln des Stabilität- und Wachstumspaktes und des Fiskalvertrags sollen nach der Corona-Pandemie zügig wieder in Kraft gesetzt werden. Ermessensspielräume beim Defizitverfahren sollen eingeschränkt, das Prinzip der Konditionalität gestärkt und Verstöße gegen die Stabilitätskriterien sanktioniert werden. Eine Schuldenunion wird abgelehnt, ein Insolvenzverfahren für Staaten angestrebt. Der Europäische Stabilitätsmechanismus und die Banken- und Kapitalmarktunion sollen unter Stabilitätsaspekten weiterentwickelt werden.</p> <p>Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken, sollen die nationalen Wirtschaftspolitiken besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Der EU-Wirtschafts- und Währungskommissar soll gestärkt werden. Die EZB bleibt unabhängig, Trennung von Finanz- und Geldpolitik.</p> <p>Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene sollen die Besonderheiten des bewährten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken insbesondere zur Kreditversorgung des Mittelstands erhalten bleiben.</p> <p>Der Binnenmarkt soll in allen Bereichen weiter gestärkt und vertieft werden. Mit einer ambitionierten Technologie- und Industriestrategie soll Europa in Zukunftsfeldern führend werden. Die Entwicklung und Herstellung von Schlüsseltechnologien in Europa sollen weiter gefördert werden, u.a. unter Fortführung des Programms „Horizont Europa“. Wertschöpfungsketten, v.a. in systemrelevanten Bereichen, sollen innerhalb Europas geschlossen mit dem Ziel der Unabhängigkeit von anderen Regionen werden.</p>
SPD	<p>Der Wiederaufbaufonds soll ein dauerhafter Integrationsschritt werden. Der Stabilisierungs- und Wachstumspakt soll zu einem Nachhaltigkeitspakt weiterentwickelt werden, als Ausdruck einer gemeinsamen Investitionspolitik Europas. Europa soll zu einer Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion mit neuen Eigenmitteln (Digitalsteuer, CO₂-Grenzabgabe und Emissionshandel) weiterentwickelt werden. Das Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen soll aufgehoben und Steuerdumping zwischen Mitgliedstaaten beendet werden.</p> <p>Die Souveränität Europas in Zukunftssektoren wird durch Entwicklung gemeinsamer Märkte, Infrastrukturen und Forschungsvorhaben angestrebt.</p> <p>Vorreiterrolle Europas bei der Bekämpfung des Klimawandels. In neuen Handels- und Investitionsabkommen sollen verbindliche soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards enthalten sein.</p>
AfD	<p>Bekennnis zum freien Handel und fairem Wettbewerb innerhalb der EU.</p> <p>Verhinderung von EU-Steuern und Vergemeinschaftung von Schulden, Beschränkung der EZB auf reine Geldpolitik, sowie Austritts Deutschlands aus der EU und der Währungsunion.</p> <p>Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, da sich grundlegende Reformansätze nicht verwirklichen lassen.</p>
FDP	<p>Unterstützung des Ziels nach strategischer Souveränität Europas ohne Protektionismus und Selbstisolation.</p> <p>Die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Bankenregulierung soll beendet werden und auch Staatsanleihen risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt werden. Eine gemeinsame europäische Einlagensicherung wird abgelehnt, bevor Risiken in einigen nationalen Banksystemen nicht behoben sind.</p> <p>Der europäische Stabilisierungsmechanismus soll zu einem Europäischen Währungsmechanismus weiterentwickelt werden mit den Zuständigkeiten: Ausgestaltung makroökonomischer Anpassungsprogramme und die Kontrolle ihrer Umsetzung in den kreditnehmenden Ländern, sowie der Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Programmländer. Der Stabilisierungs- und Wachstumspakt soll nach der Pandemie wieder vollumfänglich in Kraft gesetzt und mit schärferen Sanktionen ergänzt werden. Eine Schuldenunion wird abgelehnt, eine schuldenfreie EU ohne eigene Steuern soll schnellstmöglich angestrebt werden.</p>

	Die europäische Innovations- und Kohäsionspolitik soll neu aufgestellt werden: Bewährte Programme wie Horizon 2020 und die Europäische Innovationsbank sollen gestärkt werden und starke Regionen die schwächeren unterstützen mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Erholung.
Die Linke	<p>Abschaffung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und stärkere Investitionen auf EU-Ebene. Die Defizit- und Schuldenregeln sollen ebenfalls zu Gunsten erhöhter Investitionen angepasst werden, ärmere Regionen Europas sollen von Schuldenschnitten profitieren. Die EZB soll am Ziel der Vollbeschäftigung und sozialökologischen Transformation ausgerichtet, durch das EU-Parlament kontrolliert und zur Staatsfinanzierung befähigt werden.</p> <p>Aufbau europäischer Eigenmittel, etwa durch eine Finanztransaktionssteuer.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Gemeinsames Vorgehen und Investition in Zukunftsfelder auf EU-Ebene, v.a. im Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung.</p> <p>Weiterentwicklung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus zu einem europäischen Währungsfonds, aus dem Mitglieder eine nicht konditionierte kurzfristige Kreditlinie erhalten. Der Corona-Wiederaufbaufonds soll fest in den EU-Haushalt integriert werden. Ein erhöhter Spardruck soll durch eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verhindert und dadurch mehr Investitionen ermöglicht werden.</p> <p>Weitere Integration der Bankenunion durch eine gemeinsame Einlagensicherung.</p> <p>Den Euro als Leitwährung durch inner-europäische Solidarität etablieren.</p>

Gesundheitswirtschaft

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Aufbau einer Europäischen Gesundheitskrisenagentur mit den EU-Partnern zur Sicherung der Versorgung mit Medizinprodukten.</p> <p>Intensivierung der Träger-Zusammenarbeit in den gesetzlichen Sozialversicherungszweigen in regionalen Reha-Kompetenzzentren.</p> <p>Schaffung einer eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“.</p> <p>Innovationsoffensive für Robotik und Digitalisierung in der Pflege (500 Millionen Euro).</p>
SPD	<p>Schaffung einer souveränen Europäischen Gesundheitsunion mit Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung, einer gemeinsamen Forschung und Beschaffung medizinischer Güter.</p> <p>Entwicklung des Gesundheitssystems als eine „Zukunftsmission“ neben Klimawandel, Mobilität und Digitalisierung.</p> <p>Forschungsförderung für individualisierte Gesundheitslösungen.</p> <p>Sicherung der Grundfinanzierung von Kliniken, Ausbau integrierter Versorgungszentren im ländlichen Raum.</p>

AfD	<p>Abschaffung von Rabattverträgen, Ausweitung des Festbetragsmarktes, Anpassung der Herstellerrabatte und Abschaffung der Reimportquote zu Sicherung der nationalen Versorgung mit Medikamenten.</p> <p>Erhalt der inhabergeführten Apotheken.</p> <p>Blue-Deal mit einem pharmazeutisch-medizinischen Kompetenz-Cluster.</p>
FDP	<p>Abbau von Bürokratiepflichten bei Arzneiprodukten, Investitionszuschuss für Produktionsstätten, Zuschüsse zur Gewährung der Versorgungssicherheit.</p> <p>„Bepreisung“ der Bürokratie- und Berichtspflichten im Gesundheitssektor. Zu tragen von der anfordernden Person, bspw. bei medizinischen Behandlungen.</p> <p>Forschungs- und Innovationsförderung für Arzneimittel, Medizintechnik und Digitalisierung im Gesundheitssektor.</p>
Die Linke	<p>Die digitale Gesundheitstechnologie soll barriere- und diskriminierungsfrei sein.</p> <p>E-Health-Anwendungen sollen evidenzbasierte Bewertungsverfahren unterlaufen. Zertifizierung von Gesundheits-Apps nach staatlicher Vorgabe.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Hersteller von Medizinprodukten sollen offene Digital-Schnittstellen anbieten, bspw. bei technischen Assistenzsystemen.</p> <p>Unterstützung der Telemedizin im Ländlichen Raum.</p>

Haushalte, Finanzen und Steuern

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Bekanntnis zur bestehenden Schuldenbremse. Regelmäßige Überprüfung der Bundesausgaben (z.B. Förderprogramme) auf Wirksamkeit und Notwendigkeit.</p> <p>Modernisierung der Besteuerung durch eine Unternehmenssteuerreform, Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle, kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. Durch Anpassung des Einkommensteuertarifs an die allgemeine Preisentwicklung soll weiterhin die kalte Progression ausgeglichen werden. Einsatz für eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, ein abgestimmtes steuerverfahrensrecht unter Berücksichtigung der Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und eine Finanztransaktionsteuer auf europäischer Ebene. Eine Vermögensteuer wird abgelehnt.</p> <p>Der digitale Steuerbescheid soll die Regel werden, die Erklärung soll auch per App ausgefüllt und abgegeben werden können. Für ältere Menschen mit Pensionen o.ä. soll sie vereinfacht werden. Die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen sollen angehoben werden, sie steuerliche Betriebsprüfungen beschleunigt und modernisiert werden. Steuergerechtigkeit durch Schließen von Steuerschlupflöchern und schädliche Formen des Steuerwettbewerbs.</p> <p>Die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen, wie auch zwischen den Ländern soll gestärkt werden</p> <p>Errichtung eines eigenen Börsenplatzes nach Vorbild der NASDAQ, v.a. zur Finanzierung schnellwachsender Technologieunternehmen.</p>

SPD	<p>Verfassungsrechtlich mögliche Spielräume zur Kreditaufnahme sollen genutzt werden.</p> <p>In einer Einkommensteuerreform sollen kleine und mittlere Einkommen entlastet, die oberen fünf Prozent stärker belastet werden. Für Letztere soll auch der Solidaritätsbeitrag erhalten bleiben. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managergehältern soll auf das 15-fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten im Betrieb begrenzt werden. Eine Vermögensteuer von einem Prozent - hohe persönliche Freibeträge und die „Grundlage von Betrieben“ sollen ausgenommen werden. Mindestbesteuerung von Erbschaften.</p> <p>Einführung einer (europäischen) Finanztransaktionssteuer und einer internationalen effektiven Mindestbesteuerung von Digitalunternehmen.</p> <p>Gegen Steuervermeidung, -hinterziehung und -betrug soll durch eine nationale Anzeigepflicht, einem public country-by-country Reporting, dem Beenden von Share Deals zur Umgehung der Grunderwerbssteuer sowie von Karussellgeschäften auf Europäischer Ebene sichergestellt werden.</p>
AfD	<p>Senkung der allgemeinen Steuer- und Abgabenlast.</p> <p>Grundlegende Reform des Steuersystems mit weniger Steuerarten, in dem Steuerarten, die verwaltungsaufwendig und aufkommensschwach sind, entfallen. Ebenfalls abgeschafft werden sollen die Substanzsteuern (Grund-, Vermögen- und Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer). Automatische Dynamisierung von Freibeträgen u.ä an die Inflation. Vollständige Abschaffung des Solidaritätsbeitrags.</p> <p>Einführung einer nationalen Digitalsteuer.</p>
FDP	<p>Senkung der deutschen Staatsverschuldung unter die 60 Prozent-Marke gemäß der Maastricht-Kriterien. Faire Unternehmensbesteuerung weltweit, u.a. durch Beendung des deutschen Sonderwegs bei der Gewerbesteuer, Bekämpfung von Steuerdumping und -hinterziehung mit wirksamen und verhältnismäßigen Mitteln sowie internationale Regeln zu Nicht- und Doppelbesteuerung.</p> <p>Einführung einer deutlich erweiterten Verlustverrechnung mit Gewinnen vergangener oder zukünftiger Jahre. Steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt von 25% absenken.</p> <p>Vollständige Abschaffung des Solidaritätsbeitrag und Ablehnung einer verschärften Erbschaftssteuer. „Mittelstandsbauch“ die der Einkommenssteuer abschaffen und Rechtsverschiebung des Einkommensteuertarifs anstreben. Steuerliche FuE-Förderung soll ausgebaut werden, bessere Rahmenbedingungen für Bereitstellung von Wagniskapital. Abschaffung von Bagatell- und Lenkungssteuern (u.a. Schaumwein, Zwischenerzeugnisse, Bier, Kaffee).</p> <p>Verbesserung der Abschreibungsbedingungen (Erhöhung der Grenze für Sofortabschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter, Anhebung der linearen Abschreibung bei Investitionen in den Wohnungsbau, einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen für digitale Güter, Verstetigung der degressiven Abschreibung für bewegliche Güter).</p> <p>Staatliche Beteiligungen sollen perspektivisch abgebaut werden. In Krisen sollen kurzfristige Liquiditätshilfen direkt vom Finanzamt in Form einer „negativen Gewinnsteuer“ ausgezahlt werden (Grundlage soll der letzte Einkommens- bzw. Körperschaftssteuerbescheid sein).</p>
Die Linke	<p>Abschaffung der Schuldenbremse. Abbau von Militärausgaben und Erhöhte Investitionen in soziale Sicherung, Bildung, Gesundheit und Pflege.</p> <p>Reform der Einkommensteuer, Entlastung von niedrigen bis mittleren Einkommen, höhere Besteuerung von hohen Einkommen. Zusätzliche Reichensteuer ab 260.000 Euro, progressive Besteuerung von Einkommen aus Kapitalerträgen, Erhalt des Solidaritätszuschlags für hohe Einkommen.</p> <p>Einführung einer Vermögensteuer mit progressivem Tarif (bis fünf Prozent über 50 Millionen Euro) mit einem Freibetrag von einer Million Euro pro Person, bzw. fünf Millionen Euro pro Unternehmen. Für die Bewältigung der Corona-Krise soll eine Vermögensabgabe erhoben werden; Nettovermögen ab fünf Millionen Euro von Betrieben sollen einer progressiven Abgabe von bis zu 30 Prozent unterworfen sein, zahlbar über 20 Jahre in Raten. Privilegien für Betriebsvermögen bei Erbschaften und Schenkungen sollen entfallen.</p> <p>Globale Mindeststeuern für Unternehmen soll eingeführt, die Körperschaftssteuer auf 25 Prozent erhöht werden. Außerordentliche Gewinne sollen mit einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden.</p>

Einführung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent und Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer (Ausgeweitete Bemessungsgrundlage inkl. Pachten, mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren und Einbezug von gutverdienenden Selbstständigen und Freiberufler).

Reform der Grunderwerbssteuer, um Share Deals zu besteuern. Aufbau einer Bundesfinanzpolizei und häufigere Betriebsprüfungen. Ausweitung des Transparenzregisters, Produktaufsicht der BaFin und verpflichtende Zulassung von Finanzinstrumenten durch einen „Finanz-TÜV“, demokratische Kontrolle von Banken. Transnationale Konzerne sollen Kernraten veröffentlichen müssen, Doppelbesteuerungsabkommen aufgekündigt werden.

Bündnis 90 / Die Grünen

Nachhaltiger und gerechter Bundeshaushalt durch Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen. Reform der Schuldenbremse, um Investitionen zu ermöglichen, v.a. wenn sie öffentliches Vermögen schaffen. Änderungen im Steuerrecht sollen mindestens aufkommensneutral sein.

Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und des Spitzensteuersatzes. Progressive Besteuerung von Kapitalerträgen. Einführung einer Vermögensteuer von einem Prozent für Vermögen über 2 Millionen Euro mit Begünstigungen für Betriebsvermögen und Berücksichtigung der besonderen Rolle von KMU und Familienunternehmen.

Anzeigepflicht für rein nationale Steuergestaltungen, sowie eines public country-by-country-Reportings. Unterbinden der Umgehung der Grunderwerbsteuer durch Share Deals. Einführung einer nationalen Digitalkonzernsteuer.

Steuerpflicht nach Nationalität, um steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Gemeinsame europäische Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und einem Mindeststeuersatz von 25 Prozent ohne Ausnahmen. Verschärfte Zins- und Lizenzschranke und Quellsteuern gegen Gewinnverschiebungen. Schaffung einer Spezialeinheit auf Bundesebene gegen Steuerhinterziehung.

Zeitliche befristet soll im Rahmen des Corona-Neustarts der Verlustrücktrag ausgedehnt, Abschreibungsbedingungen verbessert, Investitionen degressiv mit 25 Prozent abgeschrieben und Forschung von KMU steuerlich gefördert werden.

Innovation und Industrie

Inhalt des Wahlprogramms

CDU/CSU

Wirtschaft und Staat sollen bis 2025 3,5 Prozent des BIP für FuE aufwenden. Dafür soll die steuerliche Forschungszulage auf acht Millionen Euro pro Unternehmen verdoppelt werden. Anstelle von Kostenzuschüssen wollen wir einen Teil der Förderung von den erzielten und im Unternehmen verbliebenen Gewinnen abhängig machen: Das Ergebnis soll belohnt werden, nicht der Prozess.

Für neue Technologien und Innovationen, wie Künstliche Intelligenz, Bio-IT oder Quanten, sollen passgenaue Rahmenbedingungen und Regulierungsansätze entwickelt und erprobt werden. Mehr Kapazitäten für Reallabore. Ansiedlungen von Forschungseinrichtungen sollen gefördert werden, EU-Restriktionen beim Transfer von Wissenschaft und zur industriellen Anwendung sollen überwunden werden. Feindliche Übernahmen von deutscher Patenter und Lizenzen sollen verhindert werden.

Unternehmungsgründungen sollen innerhalb von 24 Stunden online möglich sein, eine Kultur der zweiten Chance soll etabliert und Gründungen von Frauen und in der Schulbildung gefördert werden. Beteiligungen an Startups sollen erst besteuert werden, wenn aus diesen ein Gewinn erzielt oder die Anteile veräußert werden, grundsätzlich soll die Praktikabilität der Übertragung von Anteilen an Mitarbeitende verbessert werden. Venture Capital Fonds sollen sich einfacher in Deutschland niederlassen können dank Abbau von steuerlicher und bürokratischer Hürden. Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen für technologieorientierte Jungunternehmen sollen ausgebaut werden.

Verbesserte Rahmenbedingungen auf dem europäischen digitalen Binnenmarkt zur Skalierung von entsprechenden Geschäftsmodellen.

SPD	<p>Öffentliche und private Ausgaben für FuE sollen auf mindestens 3,5 Prozent gesteigert werden. Dafür soll die Innovationsförderung aufgestockt, Förder- und Kreditprogramme für KMU im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz mit niedrigschwelligem Zugang ausgebaut und der Transfer von Forschung in die mittelständische Praxis mit Kooperationsförderungen vorangetrieben werden.</p> <p>Entwicklung einer langfristig angelegten Industriestrategie, die eingebettet den EU-Green Deal, die Planungssicherheit geben soll. Der Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse soll gefördert werden. Bis 2030 soll Deutschland der Leitmarkt für Wasserstofftechnologien sein. Ebenfalls gefördert werden sollen Zukunftstechnologien, wie Quantentechnik und Künstliche Intelligenz. Schlüsselindustrien sollen auf EU-Ebene geschützt werden.</p> <p>Start-ups sollen gefördert werden. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll zu einer Innovations- und Technologieagentur weiterentwickelt werden.</p>
AfD	<p>Erhalt der Automobilindustrie als Leitindustrie.</p> <p>Wiederaufbau eines nationalen pharmazeutisch-medizinischen Kompetenz-Clusters, Aufstellung und Umsetzung eines Entwicklungsplans Quantencomputing, Entwicklung von Technologien und Geschäftsmodellen zur Weltraumnutzung, Erhalt der leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie.</p>
FDP	<p>Entsendung von „Innovationsbotschaftern“ durch die Bundesministerien in die weltweiten Ballungszentren der IT- und High-Tech-Industrie, um Beziehungen und Netzwerke zwischen deutschen und internationalen Gründern und Entwicklern zu fördern.</p> <p>Innovationsfördernde Rahmenbedingungen setzen: Reform des Steuerrechts zur Unterstützung innovativer Unternehmen. Stärkung des nationalen und internationalen Wettbewerbs, v.a. durch Entflechtung von Markt- und Staatswirtschaft und Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für junge Unternehmen und KMU. 2025 sollen in Deutschland 25 Prozent des BIP investiert werden, vornehmlich aus privater Hand, weshalb durch Steuer- und Wirtschaftspolitik entsprechende Anreize gesetzt werden sollen.</p> <p>Etablierung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen im Rahmen einer europäischen Wasserstoff Union. Ausbau von Grundlagenforschung und angewandter Forschung sollen Innovationskraft stärken und diversifizieren. Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft, die Projekte zwischen Forschung und Wirtschaft fördert. Mittelfreigabe für Bundesprogramme sollen stärker an deren Zielerreichung gebunden werden. Sprunginnovationen sollen gezielt gefördert werden.</p>
Die Linke	<p>Die Industriestruktur, v.a. die Autozuliefererindustrie, Rüstungsindustrie, Sicherheitstechnik und umweltschädlicher Chemieproduktion, soll regionaler und unabhängiger vom Export werden.</p> <p>Ein Investitionsprogramm für einen zukunftssicheren Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie, unter anderem mit Einsatz von grünem Wasserstoff. Große Industrie- und Gewerbegebiete sollen verpflichtend einen Gleisanschluss erhalten. Eine europäische Rohstoffstrategie soll den Rohstoffverbrauch senken.</p> <p>Staatliche Subventionen sollen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Mitbestimmungsrechte der Belegschaft und verbindliche Investitionspläne gebunden werden. Staatliche Innovations- und Technologieförderung sollen strategisch auf die Lösung von Umweltproblemen und sozialer Spaltung ausgerichtet werden</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Bis 2025 sollen Staat und Unternehmen mindestens 3,5 Prozent des BIP in FuE investieren. Dabei soll der Fokus auf den ökologischen und sozialen Potenzialen der Technologien liegen.</p> <p>Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneurship-Ausbildungen. Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen besser auf KMU zugeschnitten werden, einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Die Förderpolitik soll an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ausgerichtet werden.</p> <p>Die technologische Souveränität Deutschlands soll gesichert werden durch Förderung der Bereiche Künstliche Intelligenz, Quantencomputing, IT-, Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie. Investitionen in Spitzenforschung und Clusterinitiativen in diesen Bereichen, sowie eine europäische Vernetzung, sollen dies erreichen.</p>

Internationaler Handel

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Der Multilateralismus soll durch eine Reform der WTO gestärkt werden. Die europäische Handelspolitik soll konsequent auf ein gegenseitige Marktöffnungen und hohe Standards für den Klima- und Arbeitsschutz hinarbeiten. Entwicklungszusammenarbeit und strategische Außenwirtschaftsförderung soll stärker verknüpft werden, um Investitionen in Entwicklungsländern zu erleichtern.</p> <p>Das CETA-Abkommen soll schnell ratifiziert werden. Das EU-Mercosur-Abkommen soll vollständig umgesetzt werden, solange v.a. in der Landwirtschaft Produktions- und Produktstandards den europäischen Maßstäben entsprechen. Die Verhandlungen mit den USA für ein transatlantisches Abkommen, das auch ökologische Maßstäbe setzt, sollen wieder aufgenommen werden. Großbritannien bleibt weiter enger Partner, auf Einhaltung vergleichbarer Sozial- und Umweltstandards wird weiterhin geachtet.</p> <p>Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Nachhaltigkeitsaspekte sollen etabliert und gestärkt werden, Handelsschutzmaßnahmen und wettbewerbsrechtliche Instrumente besser verzahnt. Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Russland und Weißrussland. China ist Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale – eine Partnerschaft im Rahmen einer europäischen China-Strategie unter Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs unter gleichen Bedingungen und dem Schutz geistigen Eigentums ist möglich.</p>
SPD	<p>Die WTO soll gestärkt und um einen beschlussfähigen Streitschlichtungsmechanismus eingesetzt werden. Beschwerde- und Sanktionsmechanismen sollen in Handels- und Investitionsabkommen der EU verankert werden, private Streitschlichtung soll abgeschafft werden.</p> <p>Großbritannien bleibt ein enger Freund der EU - auf Basis eines fairen Umgangs miteinander und des geschlossenen Abkommens soll eine umfassende Partnerschaft angestrebt sowie Umwelt- und Sozialstandards erhalten werden.</p> <p>Mit China soll auf europäischer Ebene ein geschlossener, konstruktiver und kritischer Dialog über Kooperation und Wettbewerb geführt werden. Ein konstruktiver Dialog mit Russland soll aufgenommen werden.</p> <p>Perspektivisch soll die Entwicklungszusammenarbeit auf EU-Ebene zusammengeführt werden.</p>
AfD	<p>Deutsche Außenhandelspolitik soll Unternehmen einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten gewährleisten.</p> <p>Befürwortung der Pflege der Beziehungen mit Großbritannien, Verzicht auf Blockaden und Strafmaßnahmen seitens der EU.</p> <p>Offensive Beteiligung Deutschland an Chinas Neuer Seidenstraße. Eine Kooperation mit China soll nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness erfolgen – durch eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Handel und Investitionen und die Verhinderung des Ausverkaufs deutscher/europäischer Technologie.</p> <p>Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland und einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen</p>
FDP	<p>Ein transparenter Reformprozess der WTO, institutionelle Verankerung einer regelbasierten Freihandelsordnung und Lösung der Blockade der WTO-Streitbeilegung durch Verhandlungen und allgemeinen Interessensausgleich zwischen den Ländern. Einsatz Deutschlands für mehr Freihandel.</p> <p>Gründung eines transatlantischen Wirtschaftsraums mit den USA und Ratifizierung des CETA-Abkommens. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten. Bei der Umsetzung des Abkommens mit Großbritannien muss auf Einhaltung der Regeln geachtet werden, bei einem Freihandelsabkommen muss die Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie gleichwertige Standards sichergestellt werden.</p> <p>Die EU-China-Beziehungen sollen ungeachtet der Systemrivalität weiterentwickelt und vertieft werden – Voraussetzung ist die Einhaltung internationalen Rechts und Arbeitsnormen, das geplante Investitionsabkommen ist hier noch nicht ausreichend. Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland und ggf. Verschärfung bis zur Umsetzung des Minsker Abkommens.</p>

Die Linke	<p>Handelspolitik als Instrument der weltweiten Kooperation, des sozialökologischen Fortschritts und der Demokratisierung. Weltweite Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen soll angestrebt, globalisierte Lieferketten zurückgedrängt werden.</p> <p>Wirtschaftsabkommen sollen Regelwerk für Produktionsbedingungen enthalten, das Lieferkettengesetz mit einer Haftungsklausel verschärft werden. Ausweitung der Konfliktmineralien-Verordnung. Weltweit einklagbare Rechte für Beschäftigte. Rohstoffe sollen dort verarbeitet werden, wo sie gewonnen werden.</p> <p>Verpflichtung von Staaten mit Exportüberschüssen zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz. Ablehnung der Abkommen CETA, Mercosur und TTIP und Sonderklagerechten.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Handelsabkommen sollen auch Pflichten von Unternehmen regeln, für deren Überwachung ein neuer multinationaler Handelsgerichtshof bei den Vereinten Nationen zuständig sein soll. Klageprivilegien (ISDS) für ausländische Investitionen werden abgelehnt. Länder des Globalen Südens sollen ermächtigt werden, ihre Märkte durch Zölle und Quoten zu schützen.</p> <p>Europäische Handelsverträge sollen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Umweltschädliche Abkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen werden abgelehnt. Das CETA-Abkommen soll in der derzeitigen Fassung nicht ratifiziert werden, sondern nur die derzeit geltenden Teile angewendet werden.</p> <p>Das EU-Wettbewerbsrecht soll reformiert werden. Anti-Dumping- und Anti-Subventionsmaßnahmen sollen weiterentwickelt werden für ein globales Level Playing Field, einschließlich Dumping durch niedrige Ökologische und soziale Standards. Das Handels- und Kooperationsabkommen mit Großbritannien ist eine gute Grundlage, weitere Anstrengungen sollen jedoch unternommen werden, dass europäische Standards nicht ausgehöhlt werden.</p> <p>EU-Sanktionen gegenüber Russland sollen beibehalten und bei Bedarf verschärft werden, bis die Bedingungen durch Russland erfüllt sind. Die Handelsbeziehungen mit China sollen dazu genutzt werden, fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern.</p>

Stadt- und Regionalentwicklung

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Zukunftspakt für Innenstädte. Fokus Städtebauprogramm und Förderung von Dorf- und Innenstadtmanagern.</p> <p>Investitionszulagen für Ansiedlungen von Unternehmen und Startups in Innenstadtlagen. Förderung von Co-Working-Spaces in Ländlichen Regionen.</p> <p>Weniger Bürokratie in Modellregionen zur Belebung des Ländlichen Raumes (bspw. bei Genehmigungsverfahren).</p>
SPD	<p>Mietpreisbegrenzung in Innenstädten, Mieterschutz im Gewerbeimmobilienbereich, Förderung von Revitalisierungskonzepten und Co-Working-Spaces.</p> <p>Abnahme von Altschulden besonders verschuldeter Kommunen.</p>
AfD	<p>Bedarfsgerechte Rekonstruktion von Innenstädten.</p> <p>Gleichrangige Entwicklung von Stadt und Land.</p>

FDP	<p>Entschuldungsprogramm für Kommunen in verfassungsrechtlichen Grenzen, gekoppelt an Infrastrukturprojekte, Wirtschaftsförderung und einer Reform der Gemeindefinanzen.</p> <p>Regionalförderung mit europäischer Innovationspolitik koppeln.</p>
Die Linke	<p>Sozialökologischer Umbau der Innenstädte und Dorfkerne. Neu-Ausrichtung der Städtebauförderung mit Schwerpunkt Gebäudesanierung, barrierefreies Wohnen, nachhaltige Mobilität.</p> <p>Verbot für gewerbliche Außenwerbung in Innenstädten.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Städtebau neu ausrichten (Stadtgrün, Wasserflächen), Smart-City-Projekte intensivieren.</p> <p>Förderung von digitalen Plattformen für das lokale Gewerbe.</p> <p>Gewerbemietrecht und Baunutzungsverordnung zu Gunsten von Kulturprojekten und Kreativwirtschaft.</p>

Tourismus- und Freizeitwirtschaft

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Weiterentwicklung der nationalen Tourismusstrategie der aktuellen Bundesregierung.</p> <p>Tourismuswirtschaft als Element des gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Räume.</p> <p>Stärkung des Auslandsmarketings der Deutschen Zentrale für Tourismus.</p>
SPD	<p>Fokus auf den Ausbau des inländischen Tourismus als Beitrag zur Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit.</p>
AfD	<p>Tourismus als Element der Kulturpolitik stärken.</p>
FDP	<p>Explizite Stärkung der Tourismuswirtschaft als Wirtschaftsfaktor, bspw. in strukturschwachen Regionen.</p> <p>Nutzung der digitalen Infrastruktur, um Reiseinnovationen zu forcieren.</p> <p>Bürokratieabbau im Tourismusbereich.</p>
Die Linke	<p>Verbot von Glücksspielautomaten im Gastgewerbe.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Re-Start im Gastgewerbe mit steuerlichem Verlustrücktrag, zeitlich begrenzten Abschreibungsbedingungen, Restrukturierungsverfahren.</p> <p>Ausbau touristischer Rad- und Wasserwege.</p> <p>Ausbau der Deutschen Bahn zum Tourismusmittel Nummer 1.</p>

Verkehr und Mobilität

Inhalt des Wahlprogramms	
CDU/CSU	<p>Verlängerung der Investitionen in klassische Verkehrswege, Überprüfung der Lärmemissionsgrenzwerte.</p> <p>Flächendeckender Mindeststandard für einen gleichwertigen, barrierearmen Zugang um ÖPNV.</p> <p>Weiterentwicklung der Park & Ride-Angebote zu Mobilitätsstationen (bspw. mit Lademöglichkeiten für PKW und E-Fahrzeuge).</p> <p>Einrichten von Reallaboren zur Entwicklung und Veranschaulichung zukünftiger Formen der Mobilität.</p> <p>Fahrplan für einen Umstieg in eine emissionsfreie Mobilität unter Einbezug der Zuliefererindustrie. Einbindung von synthetischen Kraftstoffen und der Wasserstofftechnologie sowie Möglichkeiten zur Sonderabschreibung beim Ersatz von Fahrzeugen im gewerblichen Fuhrbetrieb.</p> <p>Kein Dieselfahrverbot, kein einheitliches Tempo-Limit.</p>
SPD	<p>Fokus auf E-Mobilität, bis 2030 mind. 15 Millionen Fahrzeuge.</p> <p>Recht auf Mobilität für Jugendliche.</p> <p>Mobilitätsplan zum Ausbau der Personennah- und Schienenverkehre, einem Austauschprogramm für neue Busse und Bahnen und zur Modernisierung von Fahrzeugflotten.</p> <p>Einrichtung einer nationalen Leitstelle Mobilität, die bei regionalen Mobilitätsplänen unterstützt.</p> <p>Anschluss aller Großstädte an das Fernverkehrsnetz der Bahn.</p> <p>Aufbau von Transformationsclustern zur Unterstützung der Automobil-Zuliefererindustrie (Zielgruppe Sozialpartner und lokale Akteure).</p>
AfD	<p>Keine Bevorzugung von Wasserstoff- oder E-Mobilität vor anderen Energieträgern. Sicherstellung einer technologieoffenen Gesetzgebung.</p> <p>Keine Diesel-Fahrverbote oder Umweltspuren.</p> <p>Verdichtung des Netzes an Verladestellen und multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene, Wasserwege).</p> <p>Gleichbehandlung von E-Fahrzeugen mit klassischen Verbrenner-Fahrzeugen auf Basis von E-Fuels.</p>
FDP	<p>Ausweitung des CO₂-Zertifikathandels auf den Verkehrs-/Mobilitätssektor.</p> <p>Trennung von Netzinfrastruktur und Betrieb im Bahnsektor.</p> <p>Technologieoffenheit im Fahrzeugbau und bei Mobilitätskonzepten.</p> <p>Flächendeckender Ausbau der Schnellladeinfrastruktur, inklusive diskriminierungsfreier Zugang dazu.</p> <p>Vereinfachung der Zulassungs- und Testverfahren für Innovationen im Mobilitätssektor (bspw. für Flugtaxi, Drohnen, Hyperloop), Fokus auf den Ländlichen Raum.</p>
Die Linke	<p>Kostenfreier ÖPNV für alle Bürger, Verdopplung der ÖPNV-Nutzer bis 2030.</p> <p>Kein Vorrang für eigenwirtschaftlich betriebene ÖPNV-Unternehmen.</p> <p>Verfünffachung der Investitionen in die Bahninfrastruktur.</p> <p>Verbot der Verbrennertechnologie (Verkauf und Export) bis 2030.</p>

Einführung eines Bundesmobilitätsgesetzes als Grundlage für die Verkehrspolitik und Verkehrsgesetzgebung.

Weiterentwicklung des Deutschlandtaktes bei der Bahn, Verdichtung der Takte im Regionalverkehr, Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken.

Einführung eines Infrastrukturfonds auf Basis der LKW-Maut. CO₂-basierte LKW-Maut.

Förderung von Kombinationslösungen bei Straße, Schiene und Wasserwegen, Anbindung von Gewerbe und Industrie an das Bahnnetz.

Verdopplung der ÖPNV-Nutzer bis 2030. Quotenregelung für emissionsfreie Busse.

Vorgabe von LKW-Abbiegeassistenzsystemen. Reduktion von Lärmemissionen bei Motorrädern und PKWs.

Ersatz der bisherigen Verbrennerfahrzeuge bis 2030 durch E-Autos in einem relevanten Maß, mindestens 15 Millionen Fahrzeuge. Änderung der Dienstwagenbesteuerung pro emissionsfreie Autos.

Einführung eines Mobilpasses zur Nutzung unterschiedlicher Mobilitätsangebote.

Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht

Inhalt des Wahlprogramms

Anpassung des europäischen Wettbewerbs- und Beihilferechts, um Staatssubventionen in anderen Teilen der Welt ausgleichen zu können.

Das EU-Vergaberecht soll entbürokratisiert, das Vergaberecht auf Bundesebene vereinheitlicht und digitalisiert werden. Die krisenbedingte Vereinfachung des Vergaberechts soll in Dauerrecht überführt werden.

Aussagekräftige Herkunftskennzeichnungen für Lebensmittel auf EU-Ebene. Die Verbraucherschlichtung soll auf weitere Branchen mit passgenauen branchenspezifischen Lösungen ausgeweitet werden. Verbraucher sollen Schäden mit sehr geringer Schadenshöhe ersetzt bekommen, deren gerichtliche Verfolgung sich nicht lohnt.

Geldwäsche soll konsequent bekämpft werden, bei Vermögen unklarer Herkunft soll künftig eine vollständige Beweislastumkehr gelten.

Der Modernisierungstau an den Gerichten soll aufgelöst, die Arbeitsumgebung und Zugangsmöglichkeiten digitalisiert im Rahmen eines Bund-Länder-Paktes werden. Alternative Lösungsansätze wie Mediation und Schiedsverfahren sollen gestärkt und die Justiz so entlastet werden.

Reform des Wettbewerbs- und Beihilferechts, um Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen auszugleichen.

Förderung von und Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierten Unternehmen und sozialer Innovation, wie Genossenschaften und Unternehmen in Verantwortungseigentum.

Es sollen dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen im Netz wie analog gelten – am besten auf europäischer Ebene (Digital Service Act). Übermächtige Plattformen sollen gezähmt oder notfalls entflechtet werden, um den Wettbewerb zu sichern und alternative Angebote zu fördern. In das Kartellrecht sollen verstärkt ex-ante-Kontrollen integriert werden.

Die DSGVO hat sich bewährt und soll in ihrer Durchsetzung verbessert werden. Selbstlernende Systeme und Algorithmen sollen stringent reguliert und beaufsichtigt werden, damit ihre Entscheidungen überprüfbar diskriminierungsfrei sind.

	<p>Ausweitung der Kompetenzen des Zolls für den Bereich der Geldwäschebekämpfung. Im internationalen Bereich soll die private Streitschlichtung abgeschafft und ein multinationales Investitionsgericht etabliert werden.</p>
<p>AfD</p>	<p>Staatliche Aufgabe soll die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen, sein.</p>
<p>FDP</p>	<p>Bessere europäische Wettbewerbsordnung, v.a. für junge und mittelständische Unternehmen und die Digitalwirtschaft. Die Konzentration von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen behindert echten Wettbewerb und Innovation.</p> <p>Der Zugang zum Recht soll erleichtert werden, indem geringfügige Forderungen in einem vollständig digitalen, kostengünstigen und schnellen Verfahren geltend gemacht werden können.</p> <p>Stärkung des Urheberrechts durch eine zeitgemäße Weiterentwicklung nach Vorbild des amerikanischen „Fair Use Prinzips“, Abschaffung des Leistungsschutzrechts für Presseverleger und neue Abwägung zwischen Kunstfreiheit und dem Schutz geistigen Eigentums als Grundvoraussetzung für eine lebendige Kreativwirtschaft.</p> <p>Internationaler Handelsgerichtshof für Deutschland zur Stärkung des Justizstandortes.</p>
<p>Die Linke</p>	<p>Einführung eines Unternehmensstrafrechts. Strengeres Vorgehen sowie mehr und besser ausgebildete Kapazitäten gegen Geldwäsche, Offenlegung von verflochtenen Eigentumsverhältnissen in Unternehmen.</p> <p>Schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzern sowie gegen Monopole von Online-Plattformen.</p> <p>Modernisierung und Flexibilisierung des Urheberrechts. Prüfung aller Algorithmen auf Diskriminierungsfreiheit in ihren Entscheidungen. Schutz von Whistleblowern.</p>
<p>Bündnis 90 / Die Grünen</p>	<p>Einführung eines eigenständigen Gesetzes gegen Wirtschaftskriminalität. Es soll an das Organisationsverschulden angeknüpft werden können, die Pflicht zum Nachweis der legalen Herkunft großer Zahlungen soll verstärkt werden und der Sanktionskatalog erweitert werden (u.a. Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge, Schadenswiedergutmachung, öffentliches Sanktionsregister, verpflichtende Vorkehrungen zur Verhinderung von Straftaten).</p> <p>Strategie gegen Geldwäsche: Zuständigkeit für Geldwäsche soll vollständig an den Bund übergehen mit einheitlichen Mindeststandards für Prüfungen, Personal und Ressourcen. Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen soll erleichtert und die Dauer von Transaktionsverboten verlängert werden.</p> <p>Persönliche Haftung von Entscheidern in Unternehmen soll bei Verstößen wirksam werden. Die Vergütung von Vorständen soll sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren, Aufsichtsräte sollen gestärkt werden. Unternehmen sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre Marktmacht zu groß wird.</p> <p>Schaffung eines einheitlichen und transparenten Berufsbildes für Finanzberater, Aufsicht durch die BaFin und weg von einer Provisionsberatung zu einer unabhängigen Honorarberatung.</p> <p>Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum.</p>